



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 4. September 2015
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1171
Fax (0431) 988 610 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

*57. Sitzung des **Sozialausschusses***

*am Donnerstag, dem 3. September 2015,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss führte eine Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung über das **Krebsregister des Landes Schleswig-Holstein**, [Drucksache 18/2962](#), durch.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes**, [Drucksache 18/3155](#), beschloss der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Als Termin bis zur Benennung der Anzuhörenden ist der 11. September 2015 festgelegt. Als Frist zur Beantwortung der Stellungnahmen bestimmte der Ausschuss den 9. Oktober 2015.

Dem Landtag empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme des Vertreters der FDP die Ablehnung des Antrags **Planungssicherheit schaffen - Gesundheitsinfrastruktur zukunftsfähig machen**, [Drucksache 18/2609](#).

Zu folgenden Themen nahm der Ausschuss Berichte der Landesregierung entgegen, an die sich jeweils eine Diskussion anschloss:

- **weiteres Vorgehen bei der Unterbringung von psychisch kranken Menschen nach dem PsychKG,**
- **Umsetzung des Landtagsbeschlusses [Drucksache 18/2759](#) (neu) sowie Verwendung der Mittel aus dem Einzelplan 10, Titel 1008-685 02, Leistungen im Rahmen der vertraulichen Spurensicherung,**
- **Sachstand zur Gesundheitskarte für Flüchtlinge in Schleswig-Holstein.**

Ferner beschäftigte sich der Ausschuss kurz mit der **Vorbereitung der Runden Tische** zu den Themen **„Hospiz und Palliativversorgung“** sowie **„Heimerziehung“**.

Er legte die **Sitzungstermine für das Jahr 2016** fest (siehe [Umdruck 18/4646](#)).

Außerdem beschäftigte er sich mit der Herabstufung des Schutzniveaus von Akten im Rahmen der **Aktenvorlage „Friesenhof“** und beschloss, dass die Vorsitzenden gemeinsam mit dem Ministerium diejenigen Aktenbestandteile identifizieren, die herabgestuft werden.

Folgenden Punkt setzte der Ausschuss von seiner Tagesordnung ab:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kinderschutzgesetzes und des Jugendförderungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung, [Drucksache 18/2310](#)

Änderungsantrag der Fraktion der FDP, [Umdruck 18/4593](#)

Schluss: 18:15 Uhr

gez. Petra Tschanter